

• zur Mobilisierung gegen den §129a-Prozeß

Ruth Stiasny

Als klar war, daß der §129a-Prozeß gegen Fritz bald beginnen würde, haben wir uns im Herbst 1988 mit vielen Menschen aus dem linken Spektrum getroffen, um zu beraten, wie wir damit umgehen. Nach vielen Kontroversen und Diskussionen kam dabei heraus, den Angriff durch die politische Justiz auf einen von uns, d.h. auf uns alle, gegen die Herrschenden umzudrehen.

Dazu gehörten zwei wesentliche Faktoren. Zum einen, daß Fritz sich entschlossen hat, den Kampf auf dem Terrain des Gegners (Gericht) aufzunehmen. Und zum anderen, daß wir das Motto »Den Prozeß angreifen – Fritz bleibt draußen – Einstellung des Verfahrens!« politisch und vor allem praktisch umsetzen wollten. Eines war uns klar: der Ausgang des Prozesses wird nicht (nur) im Gerichtssaal sondern auf der Straße, durch Solidarität, durch den öffentlichen Druck, den das erzeugt, entschieden.

Zu den Stärken der Mobilisierung gegen den Prozeß zählte u.a. auch die sehr heterogene Zusammensetzung der Prozeßgruppe. Daher war der Entwicklungsprozess unter uns auch häufig sehr kompliziert, aber letztlich ist es uns zu einem erhebliche Teil gelungen, die Verschiedenartigkeit unserer politischen Herkunft und persönlichen Geschichte produktiv zu wenden. Die verbindenden Elemente dabei waren: Wir lassen uns nicht spalten! und: Solidarität ist eine Sache der Praxis!

1. Warum haben wir uns entschlossen, den Prozeß anzugreifen?

Ein Grund war, daß es uns einfach gereicht hat. Überall wurden damals GenossInnen aus dem Widerstand verknastet, so z.B. Luiti Hornstein, Chris Kluth, Andrea Sievering, Rico Prauss, Rolf Hartung, und Thomas Kilpper aus Düsseldorf, denen »Mitgliedschaft in der RAF« vorgeworfen wurde und die zum Teil dafür viele Jahre eingefahren sind.¹ In Duisburg sind 4 GenossInnen mit der gleichen Begründung verhaftet und verurteilt worden. Ihnen wurde ein Anschlag auf den Bundesgrenzschutz vorgeworfen. Trotz völlig unzureichender Beweislage wurden sie zu 4 und 9 Jahren verurteilt.² Es liefen etliche §129a-Verfahren, z.B. wegen Unterstützung der Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung in Veranstaltungen, z.B. in München.

Dort sollten zwei GenossInnen wegen einer Veranstaltung zur Unterstützung der Forderung nach Zusammenlegung für eineinhalb Jahre im Knast verschwinden.³ Die Mobilisierung gegen den anstehenden Prozeß gegen Ingrid Strobl war im Gange. Wir wollten einfach nicht mehr zusehen, wie unsere FreundInnen und GenossInnen aus unseren Reihen gerissen werden. Beschäftigt hat uns auch folgender Gedanke: wenn wir dem Prozeß in Hamburg etwas entgegensetzen – sei es politisch oder materiell – dann hat das auch Auswirkungen auf andere Prozesse, auf das sich immer verändernde Kräfteverhältnis zwischen uns und den Herrschenden. So entstand auch ein gegenseitiger Bezug, der sich in der Parole »Hamburg, München überall~ den 129a bringen wir zu Fall!« ausdrückte.

Ein anderer Punkt war, daß die Forderung nach Zusammenlegung schon seit 87 ein gemeinsames Ziel unserer Kämpfe ist. Auch dagegen zielte der Prozeß. Wichtig war aber auch, daß wir den §129a-Prozeß gegen Fritz als einen Angriff auf uns selber – unseren Widerstand

– begriffen haben. Die Schweine hatten sich Fritz rausgesucht, weil er seit 20 Jahren im radikalen Widerstand steht, sei es für die Anti-AKW-Bewegung, für Internationalismus, Häuserkampf oder sei es die Anti-IWF-Kampagne, die wir vor dem Prozeß zuletzt zusammen gemacht haben.

Direkt nach der Anti-IWF-Kampagne haben sich viele Leute aus einem breiten Spektrum, d.h. aus vielen verschiedenen Gruppen zusammengesetzt, um zu diskutieren, was wir gegen diesen Prozeß machen wollen. Aus diesem Kreis entstand dann die Prozeßgruppe »Vorwärts und nicht vergessen«.

Um mal zu verdeutlichen, was breites Spektrum bedeutet: da waren Leute aus Mittelamerikagruppen, Nahostgruppen, Hafenstraße, der Arbeiterpolitik, der GAL Fachgruppe Betrieb und Gewerkschaft, dem Initiativkreis zum Erhalt der Hafenstraße, den antiimperialistischen Gruppen, dem Flora-Widerstand, den Stadtteilgruppen, dem Atomplenum, aus anderen Prozeßgruppen, den Frauen aus Frauenzusammenhängen, usw.. Diese Organisationen und andere, wie GAL, DKP, Internationalismusgruppen, ausländische Gruppen, versch. Anwaltsorganisationen, Seminare und VV's an der Uni, GEW, Deutsche JournalistInnen in der IG Medien und Betriebsgruppen verfaßten Solidaritäts-Erklärungen, organisierten Treffen und Veranstaltungen. In einer gemeinsamen Diskussion um die Prozeßstrategie innerhalb und außerhalb des Gerichts entstand unter uns die Vorstellung, auf jeden Fall offensiv damit umzugehen. Die Mobilisierung gegen den Prozeß und die Verurteilung von Fritz sollte eng in den Widerstand eingebunden sein.

So entstand zuerst die Parole »Den Prozeß verhindern«. Später haben wir das nochmal verändert in »Prozeß angreifen – Fritz bleibt draußen – Einstellung des Verfahrens«

Dafür, den Prozeß und die Prozeßmobilisierung auch so breit wie möglich anzulegen, sprachen auch äußere Faktoren, wie relativ gute Ausgangsbedingungen: erstmal war Fritz draußen, er war nicht gefangen (wie z.B. die 4 Duisburger, oder Rico u. Andrea).

Durch vielfältige Praxis und Kontakte (bspw. Beruf und Gewerkschaft) war Fritz vielen Menschen bekannt. So fühlten sich z.B. auch frühere KolehInnen betroffen. Daraus ergab sich für uns die Möglichkeit, auch in sog. liberale Kreise hineinzuwirken.

Aber es hatte nicht nur mit seiner Person zu tun, sondern auch damit, daß wir im Kampf um die Durchsetzung der Hafenstraße, um die Verhinderung des sog. Phantom-Musical-Projekts in der Flora im HHer Schanzenviertel⁴ und der mittlerweile breit getragenen Bewegung für die Zusammenlegung der pol. Gefangenen Solidarität mit Fritz fanden. Das hing damit zusammen, daß es den verschiedenen Bereichen gelungen war, überholte Abgrenzungen zugunsten der Durchsetzung gemeinsamer Ziele zurückzustellen. Wir konnten zu der Zeit die uralte, für alle unbefriedigende Politik des »kleinsten gemeinsamen Nenners« überwinden und zu einer offenen Diskussion und solidarischen Aktion kommen. Die daraus folgende Veränderung in den Beziehungen der einzelnen Menschen wie auch der Gruppen spiegelte sich in der Prozeßmobilisierung und Solidarität mit Fritz wieder.

Wir denken schon, daß es Perspektive sein sollte, daß solche Prozesse gar nicht mehr eröffnet werden (z.B. ging es uns auch beim § 129a Verfahren gegen Ute Brandt, die auch Fritzs Verteidigerin war, darum, daß es zu dem Prozeß gar nicht erst kam.) Aber uns war dann bald klar, daß das Kräfteverhältnis noch nicht so war, daß wir dies hätten durchsetzen können. Aus diesem Diskussionsprozeß kam dann die Parole »den Prozeß angreifen« – es ist für viele von uns eine neue Parole gewesen.

Daß es daran Kritik gab, wollen wir nicht verschweigen, z.B. wäre »angreifen« ein militaristisches Wort und das würde bedeuten, militante Angriffe z.B. auf das Gericht zu

machen. Da wir das aber nicht könnten, sei das mehr Verbalradikalität und würde andere polit. Kreise abschrecken, auf ihrer Ebene was zu machen. z.B. Resolutionen o.ä.

Wir haben aber daran festgehalten, weil wir das von Anfang an als etwas ganz Politisches verstanden haben, das militante Mittel zwar einschließt, sich aber nicht darauf reduziert. Im Prozeßinfo sagten wir:

»Als Angriffe gegen den Prozeß begreifen wir jegliche Form von Solibekundungen und Aktionen, die verhindern, die Prozeßführung zu herrschenden Bedingungen laufen zu lassen.«

Die vielfältige und breite Solidarität bestätigt, daß das richtig war. Ein Ziel in der Mobilisierung war, mit anderen zusammen die Klassenjustiz, diese Gerichtsbarkeit zu bekämpfen. Und immer auch mit dem Ziel, die Einstellung dieses Verfahrens zu erzwingen oder sie zumindest zurückzudrängen.

Wir glauben also, daß Politik und Praxis von »Prozeß angreifen« kein Widerspruch war, sondern dadurch eine Wechselwirkung in Gang gesetzt wurde, in der es für jede/n Raum zu eigenem Verhalten gab.

Was hieß das praktisch?

Dazu gehörte erstmal, daß wir Fritz morgens immer zusammen mit vielen Leuten zum Gericht gebracht haben, jeden morgen ca. 100 Leute, die sich an der U-Bahn trafen und eine kleine Demo zum Gericht machten. Wir und viele andere wollten uns einerseits die Öffentlichkeit nicht nehmen und andererseits nicht in die Statistenrolle der sog. »demokratischen« Öffentlichkeit pressen lassen, indem mucksmäuschenstill alles geschluckt wird, was im Gericht läuft.

In dem kleinen Staatsschutzsaal, in den nur 30 Personen reinpaßten, (und nicht im Großen, den es auch gibt), haben die BesucherInnen immer wieder mit Parolen o.ä. interveniert. Fritz hat mit Erklärungen eingegriffen, wenn die Öffentlichkeit zugelassen war. Ständig kamen Telegramme in den Gerichtssaal, die Richter Bürrig an Fritz weitergeben sollte, was ihn sichtlich entnervt hat. »Ich bin doch nicht ihr Postbote!«

Eine Menge Leute beobachteten im Auftrag ihrer Gruppen und Organisationen den Prozeß.⁵ Sie alle hatten eine wichtige Bedeutung, indem sie sich solidarisierten, Öffentlichkeit (in ihren eigenen Organisationen bspw.) schufen und dazu aufrufen, über den Prozeß zu berichten.

Wir gewannen jetzt die Gewißheit: es geht doch was! Wir können auch auf ihrem Terrain kämpferisch sein!

Das Gericht reagierte über lange Phasen mit polizeilichen Räumungen und Ausschluß der Öffentlichkeit (von 14 Prozeßtagen waren 3 öffentlich). Daraufhin wurde versucht, die Mauern zu durchbrechen, indem Aktionen etc. außerhalb des Prozesses liefen. So hat sich unsere Einschätzung, in der ersten Woche hauptsächlich was am Gericht zu machen, weil wir den Prozeß damit am besten publik machen können, als richtig erwiesen. Später lief auch woanders in der Stadt was.

Wir trafen uns täglich bei Kaffee oder Glühwein in der naheliegenden Gnadenkirche, um zu diskutieren, das weitere Vorgehen zu besprechen, Infos an Neue zu geben, oder zu klönen. Einige Punk- oder andere Musikkapellen gaben Solikonzerte. Viele reagierten auf den Ausschluß der Öffentlichkeit aus dem Gerichtssaal, indem sie sie in der tagenden Bürgerschaftssitzung wieder herstellten. »Chaoten im Rathaus!«. Ein anderes mal wurde die Öffentlichkeit durch die Besetzung der Petrikerkirche und die »Beschallung« der Mönckebergstraße wieder hergestellt. Die damals an der Uni streikenden Studenten machten Demos und auf dem Campus tauchten Parolen auf. Die Pelzmantelfraktion im Theater buhte uns allerdings kräftig aus, als wir ihre Kulturbedürfnisse unterbrachen. Im Hauptbahnhof wurde ein Transparent mittels Gasballons hochgelassen, das dort 24 Stunden lang hing, weil es sich in der

Dachkonstruktion verhedderte, und zum Schluß abgeschossen werden mußte. Auf der Konsumrennbahn (Einkaufszentrum) in Ottensen konnten geditschte Banken bestaunt werden, ebenso diverse Gerichte und Bullenfahrzeuge. – Genug der Aufzählung.⁶

Irgendwann stießen wir als Prozeßgruppe allerdings an eine Grenze. Die Mobilisierung war viel von uns ausgegangen, wir waren ausgepowert und haben gemerkt, es muß noch mehr, anderes, geschehen, um den politischen Druck zu erhöhen. Vor Weihnachten liefen abends auf dem Prozeßplenum, wo immer 100 – 150 Leute waren, einige wichtige Diskussionen. Es wurde klar, daß überall die Diskussion anfangen muß, wie man sich von verschiedenster Seite praktisch in die Mobilisierung einklinken kann. Es wurde offensichtlich, daß es wichtig war, daß viele aus eigener Initiative heraus überlegen, wie Druck zu machen ist. Dabei fanden wir es ein positives Beispiel, daß es von einigen der Ansatz war, inhaltlich oder praktisch von der eigenen Arbeit oder Bereich, in dem sie kämpfen, auszugehen, und so eine Brücke zu dem § 129a-Prozeß zu schlagen. So wie es z.B. einzelne InternationalistInnen aus Mittelamerika-Gruppen oder LehrerInnengewerkschafterInnen gemacht haben, die einen Zusammenhang zu sich selber gesehen haben. Einige schöne Beispiele wollen wir euch hier zur Kenntnis bringen:

Die »zornigen Metallarbeiter/inn/en« sammelten Unterschriften aus 6 Betrieben unter folgender Erklärung:

»Wir, das sind Mitarbeiter/inn/en aus verschiedenen Metallbetrieben Hamburgs und Umgebung, wir wollen die Losung 'Prozeß angreifen' aufnehmen. Es ist für uns ein Schritt, die Isolation, in die der Staat die Revolutionäre mit dem 129a treiben will, zu durchbrechen und Sympathie für sie zu erreichen. Sie bedeutet für uns auch, die Diskussion mit anderen Arbeiter/inn/en über unsere Lage und Möglichkeiten der Veränderung zu führen. ... Wir wollen mit dieser öffentlichen Solidaritätsbekundung für Fritz und die anderen von staatlicher Repression Betroffenen nach außen hin bekunden, daß der kapitalistische Betrieb kein befriedetes Gebiet ist. Wo Unterdrückung und Ausbeutung herrscht, regt sich Widerstand. Vielleicht trägt diese Erklärung dazu bei, die Diskussion um Kampfperspektiven im Betrieb zu entwickeln.

Solange gilt:

Bleibt gesund. Sabotiert die kapitalistische Produktion!

Baut revolutionäre Betriebskampfgruppen auf!

Für eine Gesellschaft ohne Chefs und Knäste natürlich!«

Das »Komitee für praktische Betriebsarbeit« faßte seine Solidarität am »Sabot-Tag«, dem Tag der Urteilsverkündung, so auf:

Sabot-Tag am 17.1.1989

Am Dienstag, dem 17.1.1989, dem Tag der Urteilsverkündung im 129a Verfahren gegen Fritz Storim haben wir, mehrere Männer und Frauen, die in der kapitalistischen Produktion arbeiten, in einer koordinierten Aktion Sabotage in den Betrieben, in denen wir arbeiten, betrieben.

Wir haben uns dazu entschlossen, nachdem die Einschätzung getroffen worden ist, daß angesichts des riesigen Bullenaufgebots, welches die Demo 16.1. bereits unmöglich gemacht hat, für den 17.1. kein reibungsloser Zug vom Hafen zum Gericht möglich sein wird. Um unseren Widerstand ihrer Kontrolle zu entziehen und selbstbestimmt handeln zu können, haben wir unsere Solidaritätsaktion mit Fritz dahin verlegt, wo wir uns sowieso bewegen, in den Betrieb, in dem wir zu arbeiten gezwungen sind. Der Rahmen der Sabotage ist für jeden von uns von der jeweiligen Möglichkeit an den unterschiedlichen Plätzen abhängig. Er geht von Kolleg/inn/en in Gespräche verwickeln,

wodurch das Arbeitstempo gedrosselt wird, bis zu direkten Eingriffen in den mechanischen Produktionsablauf. Hierzu gehörten das Einbauen von Fehlern in Maschinen, wie elektrische Kabel vertauschen, Montageteile lösen, bzw. nicht korrekt anziehen, Passungen nicht entsprechend der Norm produzieren, Eingriffe in Betriebsprogramme CNC-gesteuerter Anlagen. Diese Fehler würden früher oder später zum Ausfall bzw. mangelhafter Funktion der entsprechenden Maschinen oder Maschinenelemente führen. Den Arbeiter/inn/en verschafft dies zusätzliche »Erholung«, dem Kapital kostet es Geld. Wichtig war uns, nur solche Fehler einzubauen, die nicht zurückverfolgbar sind, d.h., mit ein bißchen Kenntnis kann sie jeder machen. Nach einiger Zeit im Ausbeutungsprozeß lernen wir Kenntnisse, die nicht unserem unmittelbaren Arbeitsbereich zugeordnet sind. Das geht fast jeder/jedem so, und wir können unsere Kenntnisse nutzen.

Wir schätzen den materiellen Schaden für das Kapital bei unserer Aktion als nicht besonders hoch ein. Dazu sind wir zu wenige. Die Aktion hat für uns im wesentlichen politischen Nutzen. Wir sind der Ansicht, daß Sabotage in der von uns getätigten Form nichts ungewöhnliches ist im Ausbeutungsprozeß. Neu für uns ist, zur gleichen Zeit in verschiedenen Betrieben zu agieren und zwar zu einem besonderen Anlaß; hier die versuchte Unterdrückung revolutionärer Ideen durch die Verurteilung von Fritz. Aus der individuellen Verweigerung wird dadurch ein politischer Schritt im Widerstand gegen Staat und Kapital. In der kollektiven Sabotage an vielen Punkten sehen wir die Perspektive revolutionärer Gegenmacht. Durch unsere Aktion wollen wir sie als praktischen Kampfschritt demonstrieren.

GEGEN STAAT UND KAPITAL !

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE CHEFS UND KNÄSTE!

FRITZ BLEIBT FREI!

ZUSAMMENLEGUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN IN SELBSTBESTIMMTE GRUPPEN!

PROLETARISCHE GEGENMACHT AUFBAUEN!

KOMITEE FÜR PRAKTISCHE BETRIEBSARBEIT

Stellvertretend aus der Flut der Solidaritätsadressen und Briefe sei auch der offene Brief⁷ des Pastors der Gnadenkirche an den Bischof Krusche und den Hauptpastor der Petrikirche genannt. Anlaß dieses Briefes war, daß der Pastor der Petrikirche die Besetzung mit Hilfe der Bullen räumen lassen wollte :

»Es zeugt zwar nicht von großem Mut und Einfallsreichtum der Demonstranten, sich ausgerechnet eine Kirche, d.h. eine Oase der Stille zum lautstarken Protest auszusuchen (vgl. Peter Ustinov, 'Halbwegs auf dem Baum'), aber es war ganz ohne Zweifel falsch, sich mit Gewalt Zugang zum Petri-Turm verschaffen zu wollen. Teilnehmer haben das selber kritisiert und – so sagten sie – auch versucht, die Angelegenheit wieder in Ordnung zu bringen. Es war allerdings leider ebenso falsch, daß der Kirchenvorstand von St.Petri sofort die Polizei gerufen hat. ...

- Auch wir haben uns nicht mit den Zielen der Demonstranten 'identifiziert'. Das hat niemand von uns verlangt. Dazu waren wir auch gar nicht vorbereitet. Aber wir haben sehr wohl begriffen, daß es in der Tat um die Menschenrechte ging. Denn es ging um einen Prozeß im Sinne des in unserer Gesellschaft und auch im Internationalen Recht durchaus umstrittenen §129a, der die Unterstützung einer für kriminell erklärten politischen Gruppierung unter Strafe stellt. Wurde nicht, so muß man fragen – und das geht auch die Kirche an –, mit diesem Nachtrag in unser Strafgesetzbuch etwas

geschaffen, das wir z.B. in den Ostblockstaaten und in der Republik Südafrika mit Recht verurteilen, nämlich die Handhabe, eine Opposition, die eine grundlegende Gesellschaftsänderung will, mundtot zu machen und in Gefängnisse oder Kliniken einzusperren? ...

- Für ebenfalls sehr bedenklich halten wir die Bezeichnung der Demonstranten als ›Sympthasanten der Hafenstrassen- und der Schanzenviertelszene‹ Das sind Pauschal-Etikette, die die unterschiedliche Zusammensetzung der Teilnehmer sicher nicht richtig charakterisieren, und Reizworte, die Vorurteile befestigen, wie es auch wohl im Interesse einer bestimmten umweltvergiftenden Presse liegt. Das Schanzenviertel gehört zu unserem Gemeindegebiet, um die Hafenstrasse kümmern sich Kollegen. D.h. auch wir sind Sympthasanten. Denn natürlich ist uns nicht egal, wie es denen geht, die in Häusern wohnen, die von den Eigentümern bewußt mit der Absicht der Verdrängung unbewohnbar gemacht wurden. Auch das Recht auf eine Wohnung gehört zu den Menschenrechten. Das ist schon verbrieft im 9. der 10 Gebote. Nur solange Pastoren die Kinder dieses Gebot lernen lassen (›Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus‹), solange kann man annehmen, es schütze die Besitzer und Spekulanten. Tatsächlich soll es die Bewohner schützen: ›Du sollst keinem die Wohnung nehmen‹, muß es heißen. Folglich muß der sogenannte Wohnungsmarkt in Wohnungspolitik umgewandelt werden. Alles andere ist Sünde gegen das 9. Gebot. Und in diesem Sinn bedeuten die Hausbesetzungen in der Hafenstrasse und im Schanzenviertel eine konstruktive Provokation, die der Stadt und den Kirchen die tatsächliche Wohnungsnot vor Augen hält. Die Auseinandersetzung darüber kann zwar furchtbar anstrengend sein. Aber kein Pastor sollte sich dafür entschuldigen. Vielmehr wäre in den Kirchenvorständen immer neu zu überlegen, um welche Nachbarn sie als Kirche sich wirklich Sorge machen müssen, wer eigentlich unser ›Nächster‹ ist.«

(Unterzeichner:)

Hartmut Winde Dirk Römmer

Am letzten Prozeßtag vor der Weihnachtspause ließ das Gericht für Januar die Öffentlichkeit wieder zu. Das war für uns ein Erfolg, weil ursprünglich die Öffentlichkeit bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen war. Während der Sylvestertage wollten wir dann eine Veranstaltung in der Flora-Ruine machen. Das war uns wichtig, um die Nähe zum Kampf um die Rote Flora, die ein Stadteilkommunikationszentrum werden soll, herzustellen. Weil wir dann aber zu viele wurden, es kamen ca. 300 Leute, haben wir kurzerhand eine kleine Demo zum Hafen gemacht, wo mehr Platz war, und haben dort die Veranstaltung fortgesetzt.

Wir haben auf eine heiße letzte Prozeßphase gesetzt, wo Eigeninitiative von den Gruppen angesagt war, z.B. waren auch einige Veranstaltungen geplant, wie die von der DJU, von den streikenden StudentInnen oder auch in anderen Orten.

Anders als wir und auch die AnwältInnen es bis dahin eingeschätzt haben, hatten wir nur noch sehr wenig Zeit bis zum Urteil. Diese Aktionsphase hat das Gericht radikal abgeschnitten, indem sie den Prozeß auf einmal ganz schnell zu Ende gebracht haben. Sie wollten uns einfach keinen Raum mehr für weitere Mobilisierung lassen, nur noch so schnell wie möglich verurteilen. In dieser Situation riefen wir zu einer Demo auf, die von möglichst vielen getragen werden sollte. Jetzt kam eine ganz andere Schärfe in die Auseinandersetzung:

Nachdem Fritz das Schlußwort ergriffen hatte, ZuschauerInnen das Solidaritätslied gesungen und Parolen gerufen hatten, gab's eine Räumung, die alle bisherigen Prügelorgien an

Hemmungslosigkeit und Brutalität übertraf. Nur durch Wut und Entschlossenheit ist es gelungen, einen bewußtlos geprügelten Genossen nicht in die Hände der Schergen fallen zu lassen. Dann kam das Demoverbot und man muß sagen, daß es leider auf viele, mit denen wir gerade zusammenkommen wollten, auch abschreckend gewirkt hat., wie sie mit 2000 Bullen, BGS, und Wasserwerfer standen. Trotzdem konnte dem Demoverbot etwas entgegengesetzt werden. Am Versammlungsort sammelten sich 300 – 400 Menschen zu einer kurzen Kundgebung. Danach gab es verschiedenste Aktionen in der ganzen Stadt.

Dann kam am 17.1. das Urteil. Fritz kam nicht. Es lohnt sich aber noch, ein paar Worte von Bürrig bekannt zu machen, weil sie ein bißchen von der Wirkung der Mobilisierung klar machen.

»Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik ist in Hamburg ein Gericht von extremen Gruppen, von Sympathisantenkreisen, die sich dem inkriminierten Gedankengut verpflichtet fühlen, so unter Druck gesetzt worden, wie in diesem Verfahren. Das Gericht wurde zur Bühne für verfassungsfeindliche Aktionen. (...) Und das trotz des Angebots des Senats, eine von allen Beschwerden freie Verhandlung zu führen; eine Verhandlung des offenen Visiers, das die Chance bot, das Verfahren auf kleinster Flamme zu kochen. Aber es wurde als Reaktion eine Front der Scharfmacherei aufgebaut. So was hat Hamburg noch nicht kennengelernt. Die Angreifer- und Verteidigerfront wurde versucht, in ihr Gegenteil zu kehren; nach der Parole ›Der Staat ist an allem schuld. Die Polizei ist der Angreifer und das Gericht der Handlanger.« Der §129a war der Aufhänger, um mit ungeheurem Aufwand dafür zu fechten, dem Gericht den Paragrafen aus der Hand zu nehmen.«⁸

Im Frühjahr 89 nach der Beendigung des Prozesses bekannte dann ein leitender Hamburger Staatsanwalt: »Wenn wir damals gewußt hätten, was aus diesem Verfahren resultiert, wäre es nie zu einem Prozeß gekommen. Heute redet die ganze Republik über Zusammenlegung.«⁹

Recht so!

Solidarität ist unsere Waffe!

Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen diesen Prozeß gibt/gab es noch mehrere Folgeprozesse. Für die Verteidigung in diesen Verfahren und auch für die Verfahren gegen Fritz wird noch dringend Geld benötigt.

Spendenkonto: Anderkonto »Fritz«, RA Andreas Beuth, Kto-Nr. 1250/120084, Haspa BLZ 200 505 50

Anmerkungen

- 1 Prozeßinfos zu den »Düsseldorfern«, Infoladen, Kiefernstraße 15, 4000 Düsseldorf
- 2 Prozeßinfos zu den »Duisburgern«, Infoladen, Kiefernstraße 15, 4000 Düsseldorf
- 3 Prozeßinfos zu den »Münchnern«, lokaler Infoladen,bzw. Archiv der sozialen Bewegungen, Thadenstraße 130a, 2000 Hamburg 50
- 4 Im Hamburger Schanzenviertel gelang es den BewohnerInnen und Teilen der Linken, den Bau eines großangelegten Musicalprojekts (»Phantom der Oper« von Andrew Lloyd Webber) im Gebäude der Flora zu verhindern. Der Bau dieses Massenkonsumtempels hätte das Gesicht und die soziale Struktur des Viertels nachhaltig verändert. Die BewohnerInnen des Viertels wären aufgrund steigender Mieten, eines nicht zu bewältigenden Verkehrsaufkommens und neu entstehender Shopping-Gelegenheiten für kaufkräftigere KundInnen sowie die Ansiedlung von Yuppies in die Vorstädte verdrängt worden, kleinere Geschäfte hätten schließen müssen usw.

Nach einer Phase zähen Ringens und Kämpfen auf der Straße, drängten die GeldgeberInnen des Projekts auf einen anderen Standort. Heute ist der gigantische »Phantom-Bau« ca. 1 km weiter in einem anderen Stadtteil errichtet worden, stieß aber auch dort auf den Widerstand der AnwohnerInnen. – Im Schanzenviertel wurde das Gebäude der Flora von Leuten aus dem Viertel und verschiedenen Gruppen besetzt, um ein Kulturzentrum von unten aufzubauen. Seitdem ist die »Rote Flora« Treffpunkt für viele HHer Gruppen, Veranstaltungsort und Volkküche für alle, die nur mal plaudern, einen Tee trinken oder essen wollen. Noch immer ist das Projekt durch die HHer Senatspolitik bedroht. Der Kampf um die Durchsetzung der Roten Flora bleibt weiter aktuell.

Genauere Informationen: Rote Flora – Dokumentation sowie Neues Schanzleben, zu bekommen im Schwarzmarkt, Paulinenstraße 15, 2000 Hamburg 36.

- 5 Initiative Bremer Strafverteidiger, GEWler, Menschen aus dem Inikreis zum Erhalt der Hafensstraße, dem Republikanischen AnwälInnenverein, der GAL, der »Zeitschrift Demokratie und Recht«, JournalistInnen aus der DJU.
- 6 Prozeßinfos zu Fritz, »Vorwärts und nicht vergessen«, Archiv der sozialen Bewegungen, Thadenstraße 130a, 2000 Hamburg 50. Das Verfahren gegen Rechtsanwältin Ute Brandt wurde inzwischen eingestellt.
- 7 der Kirchenvorstand der Petrikirche in einem Brief an die »lieben Nachbarn«.
- 8 Richter Bürrig in der mündlichen Urteilsbegründung.
- 9 taz, 7.12.89